



Mildbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,26 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtsbankstelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enzthalbote & Co., Wildbad; Druckerei: Oberamt Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum im Bezirk Bezugspreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restausgabe 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg.
Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Gsch. Wildbad i. Ggw., Wilhelmstr. 26, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 277

Februar 479

Freitag den 25. November 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Befremden über Hitlers Antwort

Berlin, 24. Nov. Die Antwort Hitlers ist nicht an den Reichspräsidenten, sondern an den Staatssekretär Dr. Weizsäcker gerichtet. In den ersten sechs Seiten wird zu begründen versucht, warum die Bildung einer Mehrheitsregierung nach nationalsozialistischer Ansicht nicht möglich sei. Die letzten 1 1/2 Seiten enthalten Vorschläge für eine Präsidialregierung unter Hitlers Führung. Auf Wunsch Hitlers sollen diese Vorschläge vorerst geheimgehalten werden, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört werden. Reichspräsident Brüning sprach bei der Ueberreichung der Denkschrift den dringenden Wunsch aus, daß die Fäden zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Herrn Hitler nicht abgerissen, sondern die Verhandlungen fortgeführt werden möchten.

Die Art der Antwort Hitlers, wie sie in der parteiamtlichen nationalsozialistischen Mitteilung bekanntgegeben wurde, hat den Reichspräsidenten außerordentlich stark befremdet. Nach Auffassung der amtlichen Kreise enthält nämlich diese Mitteilung eine ungewöhnliche Kritik am Reichsoberhaupt in der Behauptung, daß die fünf Vorbehalte des Reichspräsidenten „innerlich undurchführbar“ seien. Die Behauptung mußte um so mehr befremden, als Adolf Hitler bei seinen persönlichen Besprechungen im Haus des Reichspräsidenten diese Bedingungen grundsätzlich angenommen hat. Dasselbe gilt für die übrigen Parteiführer, die der Reichspräsident empfangen hat. Der Reichspräsident mußte daher den bestimmten Eindruck gewinnen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung auf Grund der bekannten fünf Punkte möglich sei. In diesem Sinn war das Ersuchen des Reichspräsidenten an Hitler eine unmittelbare Fortsetzung der Besprechungen, die er am Samstag mittag mit ihm gehabt hat.

Geht die Kritik an den Vorbehalten des Reichspräsidenten schon aus diesen sachlichen Gründen fehl, so gilt dies im selben Maße für die in den letzten Tagen laut gewordene Beanstandung des Ersuchens, festzustellen, ob „eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm“ im Reichstag für eine neue Reichsregierung vorhanden ist. Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß auch alle früheren Aufträge an andere Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten immer erfüllt, d. h. an Vorbehalte geknüpft worden sind. Das gilt in erster Linie auch für den Auftrag, den vor einem halben Jahr Reichskanzler von Papen bekommen hat. Er lautet auf die „Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration“. Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident am 28. März 1930 erklärt, daß es ihm nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. In der amtlichen Mitteilung hierüber wurde dann festgestellt, daß „Dr. Brüning den ihm in dieser Form erteilten Auftrag“ angenommen habe. Bei der Umbildung des Kabinetts am 7. Oktober 1931 wurde der Auftrag in ähnlich begrenzter Form wiederholt, nämlich erteilt „mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle“; ebenso sind die früheren Bestauftragungen mit ausdrücklichen Beschränkungen erfolgt, so der an Hermann Müller im Juli 1928 und der an den Reichskanzler Marx im Januar 1927. Bei der Bildung des Kabinetts Müller hat der Reichspräsident, als eine bestimmte Partei für sich den Bizekanzler forderte, oben drein noch öffentlich festgestellt, daß er es ablehnen müsse. In Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts besondere Vorbehalte machen zu lassen.

Mit diesen Beispielen wird nach Auffassung in Regierungskreisen die in den letzten Tagen verschiedentlich geäußerte Ansicht widerlegt, daß die Begrenzung des Auftrags mit einem parlamentarischen Charakter nicht vereinbar sei. Adolf Hitler hat in seiner Antwort seinerzeit eine Art Verfahren für die weiteren Verhandlungen um die Kabinettsbildung vorgeschlagen, ohne bereits eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt nun selbstverständlich beim Reichspräsidenten.

Es ist nun, wie halbamtlich erklärt wird, um so stärker einzuschätzen, daß der Reichspräsident trotz allem das ernste Bestreben hat, weitere Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, und zwar nicht schriftlich, sondern mündlich, sei es, daß er Hitler erneut empfängt oder daß Staatssekretär Weizsäcker die Verbindung aufrecht erhält. Wenn übrigens in der nationalsozialistischen Mitteilung gesagt wird, daß die Regierungskrise „durch Hitler in kürzester fixierter Frist gelöst“ werden könne, so ist das nicht so aufzufassen, als stelle Hitler dem Reichspräsidenten ein Ultimatum. In der Antwortnote wird vielmehr damit gerechnet, daß Hitler, wenn ihm der Auftrag erteilt würde, in einer genau bezeichneten Frist in der Lage sei, die Krise zu lösen.

Keine Parteimänner

Berlin, 24. Nov. Der Vorschlag Hitlers betr. Bildung einer Präsidialregierung unter seiner Führung ist nach Blättermeldungen gegenüber seiner früheren Forderung geändert worden. Während bisher in einem solchen Kabinett verschiedene Ministerposten an Mitglieder der NSDAP. vergeben werden sollten, so daß die Partei im Kabinett die Mehrheit hätte, soll der neueste Vorschlag besagen, daß in dieses Kabinett außer Hitler kein einziger Parteimann eintreten solle. Hitler hat in seiner Antwort keine Namen genannt, vermutungsweise liest man in den Blättern Namen wie Schleicher, Neurath und Schacht. Bevor der Reichspräsident eine Entscheidung getroffen hat, sollen keine Einzelheiten in die Öffentlichkeit gegeben werden. Tatsache ist, daß die Bemühungen um die Wiederherstellung der Harzburger Front fortgesetzt werden, die nun auch von nationalsozialistischer Seite gewünscht wird, weil man glaubt, daß deren Zustandekommen auch auf die Entscheidung des Reichspräsidenten Einfluß haben könnte.

Wenn Hitler tatsächlich vorschlägt, daß die Ministerämter nur von überparteilichen Politikern und Fachmännern besetzt werden, so ist dies ein Neues. Wenn auch die Bedenken des Reichspräsidenten gegen die Kabinettsführung durch einen Parteiführer dadurch nicht ausgeräumt werden, so wird hierin doch eine gewisse Gewähr für die Durchführung einer sachlichen und überparteilichen Politik erblickt. Die Richtlinien der Politik werden nämlich zwar vom Reichskanzler bestimmt, aber die wichtigsten Gelehes- oder Verordnungsentwürfe werden doch durch Mehrheitsentscheidung im Kabinett beschloffen. Das nationalsozialistische Angebot könnte somit immerhin als ein Versuch gewertet werden, den Wünschen des Reichspräsidenten und den tatsächlichen Erfordernissen entgegenzukommen. Von größter Bedeutung würde dabei allerdings die Auswahl der Persönlichkeiten für die einzelnen Ministerämter und das Aussehen des sachlichen Arbeitsprogramms sein.

Schriftliche Antwort des Reichspräsidenten

Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident war mit seinen engeren Mitarbeitern heute seit den frühen Vormittagsstunden bis mittags mit der Prüfung der Antwort Adolf Hitlers an der Vorbereitung seiner Entscheidung beschäftigt. Der Reichspräsident hat sich darauf entschlossen, die Antwort schriftlich durch den Staatssekretär Weizsäcker geben zu lassen, während ursprünglich eine mündliche Besprechung vorgesehen war. Da das Schriftstück, in dem die Ansichten Hitlers widerlegt werden, umfangreich ist, dürfte es erst gegen Abend Hitler zugestellt werden.

Hitlers Vorschlag abgelehnt

Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident hat den Vorschlag Adolf Hitlers in seinem heute nachmittag überreichten Antwortschreiben abgelehnt.

Die amtliche Mitteilung besagt:

In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Lauf des heutigen Tags veröffentlicht werden wird.

Der Briefwechsel

Die Erklärung Hindenburgs

Berlin, 24. Nov. In der Unterredung, die am Samstag, 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er

seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stelle, an dessen Spitze er selbst stehe. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Grundlage finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertritt. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geführt wird und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen ihrem Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab: 1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich — Preußen — keine Einschränkung des Artikels 48. 2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völlerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheers Sache meiner persönlichen Entscheidung.“

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Vorschläge

Aus dem umfangreichen Schreiben sind folgende Vorschläge das Wesentliche:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tag der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.
2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.
3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.
4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.
5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verlagert worden sind.
6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlands.

Der Antwortbrief Weizäcker

Berlin, 24. Nov. Die schriftliche Antwort des Staatssekretärs Dr. Weizäcker auf die Vorschläge Hitlers wurden diesem um 3 Uhr nachmittags übergeben. Hitler beantwortete das Schreiben umgehend in einem zwei Seiten langen Brief. Beide Schreiben sollen veröffentlicht werden.

Empfänger der Parteiführer

Der Reichspräsident wird die Parteiführer Raas, Hungenberg, Schäffer und Dingeldey zu einer Aussprache über die Möglichkeit einer Arbeitsbildung im Reichstag empfangen. Prälat Raas war nachmittags bei Hindenburg; die Besprechung wird Freitag nachmittag fortgesetzt.

Amtliche Erklärung

Berlin, 24. Nov. Von nationalsozialistischer Seite wird jetzt behauptet, der Auftrag des Reichspräsidenten an Hitler betr. Mehrheitsbildung sei „nicht ehrlich“ gewesen, sondern habe durch die bekannten Bedingungen unmöglich gemacht werden sollen. Dazu wird amtlich erklärt, daß das Wort „Bedingungen“ überhaupt nicht gefallen ist, sondern

immer nur von Voraussetzungen die Rede war. Weiter wird die Stelle in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Dr. Meißner unterstrichen, in der gesagt wird, daß die Voraussetzungen keineswegs eine *conditio sine qua non* seien, sondern man brauche kein absolutes Hindernis für die Regierungsbildung darin zu sehen, daß etwa der eine oder der andere Punkt sich als nicht durchführbar erweise. Wenn von nationalsozialistischer Seite bestritten wird, daß Hitler den Voraussetzungen zugestimmt habe, so wird festgestellt, daß Hitler tatsächlich keine Einwendungen erhoben hat. Aus dem Protokoll über die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern ergibt sich auch, daß keiner der Parteiführer Einspruch gegen die Befestigung des Dualismus von Reich und Preußen erhoben hat.

Schon in der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler am 13. August war nur eine Lösung vorgezogen, nach der nicht der Reichskanzler, sondern der **Vizekanzler und der preussische Ministerpräsident dieselbe Person** sein sollten. Ferner wird die Stellung in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Meißner unterstrichen, in der ausdrücklich erklärt wird, daß ein Kabinett Hitler sich ähnlich wie das Kabinett Brüning mit der Zeit zum Präsidialkabinett wandeln könnte. Das ist nach Auffassung politischer Kreise in der Tat die große Chance, die der Reichspräsident dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung gegeben hat. Hitler hat keine Bedenken gehabt, sich über den Reichstag hinwegzusetzen, sondern er hielt auch den Weg zum Präsidialkabinett für möglich. Um so mehr hätte der Führer der NSDAP dem Ersuchen des Reichspräsidenten entsprechen müssen. Hitler aber verlangte die bedingungslose Betrauung mit dem Kanzleramt und wollte nach seiner Ernennung erst die Auseinandersetzung mit dem Reichstag beginnen. Das ist ein Weg, den der Reichspräsident nicht einem Parteiführer, vielmehr nur einer über den Parteien stehenden Persönlichkeit seines besonderen Vertrauens offen kann.

Reichspräsident Brüning sagte vor Pressevertretern, der Reichspräsident habe durchblicken lassen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis Hitler gegenüber nicht gegeben sei. Es sei die Frage, wie weit der Auftrag überhaupt ernstlich gemeint gewesen sei. Brüning bestritt, daß Hitler und die anderen Parteiführer den Vorbehalten zugestimmt hätten. Bayern und Zentrum würden z. B. der Vereinigung der Ämter des Kanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten nie zugestimmt haben.

Die Lage in Genf

Die Voraussetzungen für eine Fünfmächtekonferenz noch nicht gegeben

Genf, 24. Nov. Nach den bisherigen nichtamtlichen Besprechungen von Vertretern der Großmächte beim Völkerbundsaal zu dem Zweck, Deutschland in die Abrüstungskonferenz zurückzuführen, ist die Lage so, daß der deutsche Außenminister in seinen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hat. Deutschland hat ja auch die Vorschläge der Simon-Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Erörterungsgrundlage über die Gleichberechtigung anerkannt. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bis jetzt nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen. Frankreich stellt seinen Plan, der in vorläufiger noch ganz undurchsichtiger Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will in den Vordergrund und ist nicht bereit, auf den Boden der Simon-Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der fünf Mächte die logischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die alleinige und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simon-Vorschläge beschränkt bliebe. Andernfalls wäre sie ein überflüssiges Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

„Echo de Paris“ zu den Genfer Besprechungen

Paris, 24. Nov. Nach Ansicht des Außenpolitikers des

„Echo de Paris“ sind die Genfer Verhandlungen jetzt an einem kritischen Punkt angelangt. Gegen das Besprechen, die Sicherheitsfrage gleichzeitig mit der Gleichberechtigung zur Erörterung zu stellen, sei Frankreich zu einer Fünferkonferenz bereit, die nächste Woche beginnen würde. Notwendigerweise müsse Frankreich sich über Artikel 160 des Verfaßter Vertrags aussprechen, der die Rolle des deutschen Heers bestimme. Der Außenpolitiker fügt hinzu, er habe erfahren, daß die deutschen Vertreter wahrscheinlich nicht an einer Fünferkonferenz teilnehmen würden, auf der die Sicherheitsfrage angeschnitten werde. Gekrenn ihrer Verhaltenslinie würden sie erst dann an diesen Verhandlungen teilnehmen, nachdem sie im voraus den Grundsatz der Gleichberechtigung durchgesetzt hätten.

Die Spannung zwischen Kolumbien und Peru

Genf, 24. Nov. Der Außenminister von Ecuador hat dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreicht, in der der Besorgnis über die Spannung zwischen Kolumbien und Peru und über die kriegerischen Vorbereitungen in beiden Ländern Ausdruck gegeben wird. Die Denkschrift spricht die Erwartung aus, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen Kolumbien und Peru für Ecuador keine Nachteile entstehen und daß es bei dieser Gelegenheit eine gerechte und endgültige Lösung seiner Grenzansprüche im Amazonasgebiet erlangen werde.

Neue Nachrichten

Die SPD erhält durch Listenverbindung ein weiteres Mandat

Mülheim-Kuhr, 24. Nov. In der heute abgehaltenen Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der SPD, infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das Walter Frank in Bochum übertragen wird. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig gewählt 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrumsgewählte und 1 Deutschnationaler. Die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöht sich somit auf 585.

Breitfeld aus der SPD ausgeschlossen

Stettin, 24. Nov. Das Parteibeizirksgericht der SPD hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Breitfeld aus der Partei ausgeschlossen. Dr. Breitfeld hatte seinezeit eine Arbeit „Irrwege der sozialen Fürsorge“ veröffentlicht, in der er auf die schweren Mißbräuche in der sozialen Fürsorge und auf deren demoralisierende Wirkung auf große Teile der Bevölkerung hingewiesen hatte. Das Verlangen des Parteibeizirksgerichts auf Widerruf hatte Dr. Breitfeld abgelehnt.

Zehn Jahre Zuchthaus für Stockhiebe

Glöblich-Rheindl, 24. Nov. Vor dem Sondergericht Glöblich hatte sich gestern der Reichsbannermann Karl Klein zu verantworten, der bei einem Ueberfall auf Nationalsozialisten als einziger von den Angreifern gestellt worden war. Der Ueberfall hatte sich zwei Tage nach Erlaß der Terrornotverordnung ereignet. Klein war mit einigen Nationalsozialisten in einen Wortwechsel geraten, der dazu führte, daß Bewohner der benachbarten Kolonie ein Steinbombardement auf die Nationalsozialisten eröffneten. Klein selbst hatte den Gegnern mehrere Stockhiebe verfehlt. Demit war der Tatbestand der Zusammenrottung zwecks Vornahme von Gewalttätigkeiten erfüllt und das Gericht mußte nach den Bestimmungen der Notverordnung die Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verhängen. Da Bericht will ein Gnadengesuch befürworten.

Hoovers Ablehnung des Zahlungsaufschubs

London, 24. Nov. Während die Pariser Blätter über die Erklärung Hoovers, Amerika erwarte die Zahlung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenrate, enttäuscht sind, nimmt die Londoner Presse sie nicht so schwer; Hoover habe wenigstens die Türe für diplomatische Verhandlungen darüber offen gelassen und Roosevelt habe sich ähnlich ausgesprochen. Die britische Regierung müsse nun unverzüglich in Washington ihre gewichtigen Gründe für den Zahlungsaufschub vorbringen, dann sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Dezemberzahlung doch noch ausgekehrt werde.

New Yorker Blätter behaupten gerüchtweise, das Bankhaus Morgan u. Co. habe Londoner Banken die Zusage gegeben, daß es ihnen, wenn die Zahlung doch erfolgen müßte, einen erheblichen Kredit zur Verfügung stellen werde, um den Sterkingskurs zu stützen.

Begen des Zahlungsaufschubs haben sich bekanntlich England, Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei und Polen an die Vereinigten Staaten gewandt, während Italien von vornherein erklärt hat, es werde bezahlen.

Holländische Stimme über Papen

Amsterdam, 24. Nov. Im „Rotterdamse Courant“ schreibt Professor Noordewier über das Kabinett Papen u. a.: „Der Erfolg des Kabinetts liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Nur die Verblendung einer Parteikampagne kann die Augen davor verschließen, daß am Ende des Regimes von Papen der wirtschaftliche Zustand zwar noch schlecht ist, jedoch besser als zu der Zeit, als die Regierung ihr Amt antrat. Das Kabinett von Papen ist als erstes in der Lage gewesen, einen gewissen Optimismus aufleben zu lassen und die Furcht vor Wirtschaftsexperimenten zu beseitigen. Zum erstenmal waren die Machtmittel des Staats für alle denkbaren Fälle wieder fest in den Händen der Staatsautorität vereinigt.“

Auf der Spur des Anschlags von Nantes

Paris, 24. Nov. Nach einem Telegramm des „Journal“ aus Nantes richten sich die Nachforschungen nach den Uehern des Anschlags auf Herriot in der Nacht auf Sonntag auf vier bisher unbekannt gebliebene Mitglieder einer separatistischen Vereinigung, die mit den Separatisten der verschiedenen französischen Provinzen (Elsaß, Provence, Baskenland, Flandern) die Verbindung aufnehmen wollten. Bei einem von ihnen handle es sich um einen gefährlichen Geistesgestörten. — Also kein „deutscher Anschlag“.

Württemberg

Siedlerfragen in Württemberg

Stuttgart, 24. Nov. In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses des Landtags referierte Abg. Scheffold über einen Antrag betr. Landbesiedlung in Württemberg, desgleichen über eine Eingabe schwäbischer Siedler in Jarnwang, Stromstorf, Reppel und Gnewig um Hilfe für schwäbische Siedler. Der Berichterstatter kam zu dem Ergebnis, daß die Gelegenheit, in Württemberg neue Landbesiedlungen zu schaffen, nur gering sei.

Präsident Springer bezeichnet die Siedlung als eine Finanzfrage. Die württ. Regierung habe seither die Nord- und Ostbesiedlung gefördert, und zwar durch Gewährung eines Kredits in Höhe von 6000 Mark und Zinsverbilligung. In Württemberg seien ganz wenige Vorhaben zur Ansiedlung gekommen. Mit diesen Bedingungen komme man in Württemberg nicht aus. Für Ostpreußen habe das Reich kräftige Zuschüsse gegeben, und doch seien die Ergebnisse ungünstig gewesen. Für Württemberg kommen Reichsmittel für Siedlungszwecke nicht in Frage. Von der Landesbankanstalt seien zur Zeit keine weiteren Mittel für diese Zwecke verfügbar, nachdem zwei größere bäuerliche Unternehmungen im Jagstkreis für Siedlungszwecke von ihr finanziert worden seien. Der Schwerpunkt der Siedlung liege noch wie vor im Osten Deutschlands. Württemberg habe eine gesunde Grundbesitzverteilung, doch müsse sich manches auch bei uns noch bessern. Die Allmendewirtschaften können kaum für Siedlungszwecke freigegeben werden. Wir haben nur 115 Betriebe mit über 100 Hektar (300 Morgen), dazu kommen 28 Staatsdomänen. Auch die dem Adel gehörige Bodenfläche sei vielfach verpachtet. Die größeren Güter seien dürfen nicht verschwinden. Die Aufstellung von Bauernhöfen, die zwangsversteigert wurden, sei auch nicht erwünscht. Die Heranziehung des Waldes zu Siedlungszwecken sei fragwürdig und unwirtschaftlich. Die Verbesserung alten Kulturlands sei wertvoller als die Besiedlung von Oedland. Es werde nicht möglich sein, auch nur 500 Siedlungen für Württemberg zu schaffen. Der Arbeitsmarkt werde damit nicht entlastet. Es fehlen die Mittel für notwendige Meliorationen.

Ein nat.-soz. Redner begründet den Antrag betr. Landbesiedlung und macht geltend, daß adäquater Besitz zum Ver-

Dort unten in der Mühle

Roman von Stefan Uffsch.

Copyright by Hans Weidlich, Zwickau/Sa.

9. Fortsetzung

Rachdruck verboten.

„Wie kann ich schlafen?“ sagte sie leise.
„Berzähle mir, Lore!“ Ich trage die Schuld an allem!
„Sprich nicht so, Vater! Wer kann darüber urteilen? — Du bist gut, gut wie die Mutter auch war.“
„O Mädchen!“ Tränen traten in seine Augen.
„Komm ein wenig näher, Vater“, bat sie. Und als er dicht neben sie rückte, hing sie sich an seinen Hals, klammerte sich an ihn, wie um ihn nie wieder los zu lassen, und küßte ihn auf Mund und Stirn.
„Kind, Kind, was ich Dir für einen Kummer bereitet habe!“ stammelte er. Er legte sich behutsam in die Kissen zurück und beugte sich über sie.
„Was soll man sich träumen, Pappi!“ (Sie sagte „Pappi“, wenn sie ganz herzlich sein wollte). „Du mußt mir alles sagen, alles.“ Zu zweit trägt es sich besser. . . . War Brüdner bei Dir?“
„Ja, er — er hat mir die Hypothek gekündigt! — In drei Monaten will er sein Geld wiederhaben!“
„Wieviel ist es?“
„Bierzehntausend Mark!“
„Gut, daß er es getan hat!“
„Aber was soll nun werden?“
„Wir ziehen fort! . . . Weit fort von hier. Die Gräfin Poffenheim hat mir ein sehr gutes Zeugnis als Gesellschafterin geschrieben. Ich nehme eine Stellung an, Gott, das kann doch nicht so schwer sein. Ich verdiene Geld, und wir beide werden uns schon durchbringen. Ich kann nicht mehr hier bleiben in der Nähe dieses Menschen. Vater, wie kann-

test Du einmal daran denken, mich mit ihm zu verheiraten?“

— Ich wäre gestorben . . .“

In ihren Nieren lag der Ausdruck des Schreckens.

„In der Not kommt der Mensch auf Gedanken, die unheilvoll in ihren Auswirkungen sein können“, erwiderte der Vater düster. „Brüdner mußte immer so freundlich zu tun, sagte, Du könntest bei ihm ein sorgenfreies Leben führen, er wolle Dich auf den Händen tragen und was sonst noch. Aber nun bin ich sehend geworden, nun, wo es zu spät ist. Er hat mich zu Grunde gerichtet, absichtlich ins Elend gebracht. Zuerst fing es an mit der Grube, die drüben im Sejnischen lag. Das war vor drei Jahren. Er kam zu mir und erzählte, daß er sein ganzes Barvermögen in das Unternehmen gesteckt hätte. Man habe dort einen Schacht gehauen und versuche durch Anlage von Stollen einem Riesenerzlager beizukommen. Eines Tages erklärte er, daß man auf einen schmalen Erzgang gestoßen sei, der täglich mehr in die Breite ginge. Nun würden von der Gesellschaft zweitausend Aktien zu je hundert Mark angeboten. Die durch diese Papiere in das Unternehmen fließenden Gelder sollten zur Anschaffung moderner Maschinen verwendet werden, mit denen man die Tagesleistung auf der Grube vervielfachen könne. Brüdner behauptete, daß seine Mitteilung streng vertraulich sei und man die Aktien nur unter die Mitglieder der Gesellschaft verteilen wolle, da nach Freilegung des Erzganges — die schon nach einigen Wochen erfolgen könne — man an der Börse eine Steigerung des Kurswertes der Aktie auf mindestens tausend Mark erwartete. Also könne man, ohne die Hand zu rühren, in kurzer Zeit sein Vermögen um zehnfache vergrößern. Ich besaß sechzigtausend Mark, — meine Ersparnisse in fünfundzwanzig langen Jahren. Er erbot sich als mein Freund, mir die Aktien zu besorgen und — ich gab mein Geld . . .“

Lenzing senkte den Kopf, seine Hände irrten über die Bettdecke. Lores Atem ging stoßweise. Ihre Brust hob und senkte sich wie bei einem stobernden Menschen.

„Warum hast Du mir das nicht früher gesagt, Vater?“ Ihre Worte erklangen fast in der Kehle. „Du hast alles verloren, — ja, wie kann es anders sein!“ Sie schrie es fast heraus.

„Alles verloren“, bestätigte der Vater. „Der Gang erwies sich als eine kleine, unwichtige Ablagerung, — und drei Monate später wurde der Betrieb eingestellt. Vorgefunden wurde ich, daß Brüdner noch beizuteilen seine Aktien ohne Verlust abgestoßen habe . . . Mich hatte er nicht verständigt, obgleich er wußte, daß alles so kam.“

Einen Augenblick war Stille im Zimmer.

„Ich wollte Dir eigentlich die Einzelheiten nicht berichten, liebes Kind“, fuhr der Alte fort. „Aber es ist immer besser, Du weißt alles. Brüdner hatte schon früher immer durchblicken lassen, daß es sein sehnlichster Wunsch wäre, dich als seine Frau zu besitzen. Nach dem Zusammenbruch des Grubenunternehmens kam er zu mir und hielt um Deine Hand an. Er sagte, dann käme ja sein großes Vermögen in unsere Familie, und der Verlust des Geldes würde mich nicht schmerzen. Er redete wieder stundenlang und wußte mich so zu besprechen, daß ich auch zuletzt der Meinung war, eine Ehe zwischen euch beiden sei ein Ausweg aus diesem Unglück. Nun bot mir die Gräfin Poffenheim an, die zu ihrem Besitz gehörige Mühle und Wirtschaft zu erwerben und zwar zu dem Preis von dreißigtausend Mark. Brüdner — mit dem ich über das Angebot sprach — ließ mir sofort die Summe, auch noch zehntausend Mark dazu, damit ich die Mittel besäße, die alte Mühleneinrichtung durch eine moderne ersetzen zu können. Nun fordert er sein Geld zurück, — und wir stehen vor dem Nichts.“

Lore drückte die Hände des Vaters.

„Behalte nur Mut, Pappi — wir werden schon einen Ausweg finden.“

(Fortsetzung folgt).

lauf stehende. Diesen solle man für Siedlungen aufstellen. Ein Bauernbundesredner erklärt, daß die meisten Staatsdomänen für Siedlungszwecke nicht in Frage kommen. Der nat.-soz. Antrag erweckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Ein Zentrumsredner führt die Weg, das Programm der Regierung Brüning habe den Weg im Osten freigemacht. Hierüber sei Brüning aber gescheitert. Der Wald eigne sich nicht für Siedler. Ein soz. Redner begründet einen Antrag zur Landbesiedlungsfrage. Es könne sich nur darum handeln, von Fall zu Fall zu helfen. Präsident Kuhn erklärt, die finanziellen Erträgnisse der Staatsdomänen für die Staatskasse seien gering. Ein dem. Redner bemerkt, daß man zu den entlassenen Neuhäusern nur noch eine Gruppe entlassener Siedler schaffen wolle. Die Regierung sei auf dem richtigen Weg. Bei der Abstimmung wird der nat.-soz. Antrag betr. Landbesiedlung mit 9 Ja gegen 1 Nein, bei drei Enthaltungen angenommen. Der Antrag Winkler (Soz.) wird mit 8 Ja bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Winkler betr. Unterstützung der Bodenverbesserung wird angenommen, ebenso ein Antrag Stöck (BB) betr. Unterstützung geeigneter Siedlungsbewerber.

Stuttgart, 24. November.

Ernennung. Der Staatspräsident hat den Landgerichtsrat Friedrich Ditt in Stuttgart, Hilfsrichter des Oberlandesgerichts, zum Oberlandesgerichtsrat ernannt.

Zusammenkunft des württembergischen Landtags. Das Plenum des württembergischen Landtags wird nächsten Dienstag, 29. November, nachmittags 4 Uhr wieder zusammentreten.

Der Rechnungsabluß der Stadt Stuttgart. Der Rechnungsabluß für Groß-Stuttgart einschließlich der neuen Vororte Zuffenhausen, Münsingen und Rotenberg weist für 1930 an ordentlichen Einnahmen 133 534 323 Mark und an ordentlichen Ausgaben 139 249 611 Mark auf, so daß sich ein Fehlbetrag von 5 715 288 Mark ergibt. Zu seiner Abdeckung sind Fonds und Restvorräte, sowie Abschreibungsmittel der städtischen Betriebe in Höhe von zusammen rund 6 Mill. Mark bestimmt. Die Einnahmen sind wesentlich unter den Voranschlägen geblieben. Das eigentliche Gepräge geben dem Wirtschaftsjahr neben den durch die Gehalts- und Lohnsenkungen eingetretenen Verschleudungen die großen, rund 5 Mill. Mark betragenden Steuerrückgänge und die enormen Anforderungen in dem Aufgabenkreis des Wohlfahrtsamts und in der allgemeinen Fürsorge mit einem Reinaufwand von zus. rund 19 Mill. Mark. Nur durch starke Drosselung aller übrigen Ausgaben konnte eine weitere Steigerung des Abmangels verhindert werden. Zum erstenmal mußten größere Vermögensstücke zum Ausgleich des haushaltplanmäßigen Fehlbetrags, diesmal aber gleich in sehr schmerzlichen Ausmaß, herangezogen werden. Eine Hauptrolle bildet nicht die Beschaffung neuer Anleihegelder, sondern die jeweilige Verlängerung des vom Bankenkonsortium vor drei Jahren zur Verfügung gestellten kurzfristigen acht-Millionen-Kredits, mit dessen damals beabsichtigter Konsolidierung jedenfalls für beträchtliche Zeit nicht gerechnet werden kann. Die Uebersicht über das Vermögen der Gesamtverwaltung (178 Millionen Reinvermögen gegen 174 Mill. im Vorjahr) enthält auch das Vermögen der neu eingemeindeten Stadtteile. Darauf ist der heurige Vermögenszugang zurückzuführen. Der Gesamtschuldenstand betrug am 31. März 1932 rund 94,3 Mill. Mark.

Aus dem Lande

Bahlingen a. J., 24. Nov. Tödlicher Motorradunfall. Gestern mittag stürzte ein junger verheirateter Mann aus Veinsfelden beim Ueberholen eines Wagens neben der Leichten Brauerei von seinem Motorrad aufs Gleis der Straßenbahn. Er wurde tot vom Platz getragen. Der Verunglückte, ein Sohn des Adlerwirts in Veinsfelden, war unter den Wagen geschleudert und überfahren worden.

Echterdingen a. d. J., 24. Nov. Freitag. Hier erschloß sich gestern abend ein verheirateter Geschäftsmann, der seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt in Stuttgart lebte. Die Leute waren ein Jahr verheiratet. Gestern, am Jahrestag der Hochzeit, kam der Mann hierher, um mit der Frau wegen einer Verständigung zu reden.

Heilbronn, 24. Nov. Ehrung. Der Vorsitzende des Württemb. Landesvereins für Bienenzucht, Oberlehrer Rentzschler-Stuttgart, Sachverständiger für Bienenzucht bei der Württ. Landwirtschaftskammer, übermittelte Oberbürgermeister Beutinger von hier den Dank des Württ. Landesvereins für die Verdienste um die Gründung und Erhaltung des Württ. Bienenzuchtmuseums. Dabei wurde OBW. Beutinger eine goldene Denkmünze mit Ehrenurkunde überreicht.

Gmünd, 24. Nov. Betriebsaufnahme im Milchwerk. Anfangs dieser Woche ist in dem eben fertiggestellten Neubau das neue Milchwerk in Betrieb genommen worden. Das 25 Meter lange Gebäude liegt an der Becherlehenstraße und bietet gute Zu- und Abfahrtsverhältnisse. Die Errichtung war der Württ. Milchverarbeitung AG übertragen, die das Milchwerk Gmünd so betreiben wird, daß dort die Bevölkerung mit einwandfreier pasteurisierter Milch versorgt und außerdem Butter und aus 3000 Liter Milch Käse hergestellt wird. Täglich werden im neuen Milchwerk Gmünd etwa 12 000 Liter Milch verarbeitet werden.

Fichtenberg O. Gaildorf, 24. Nov. In der Fremdenlegation gestorben. Der 36 J. a. Bautechniker Friedrich Jäger von hier war vom Januar 1921 bis November 1927 und wieder seit Herbst 1928, zuletzt als Unterleutnant, in der französischen Fremdenlegation in Marokko. Im September 1931 teilte er mit, daß er infolge Verwundung im Lazarett liege. Da seitdem keine Nachricht mehr von ihm kam, erkundigte man sich beim französischen Konsulat in Stuttgart, von dem jetzt die Mitteilung kam, daß er am 29. April 1932 in einem Militär Lazarett in Marokko an einer Leberkrankheit verstorben sei.

Hintersteinbach O. Ellwangen, 24. Nov. Kind tödlich verunglückt. Das sechsjährige Söhnchen des Landwirts Altmann in Hintersteinbach, Gde. Ellenberga hatte die Kühe am Göppel anzutreiben. Eine Henne lief unter die Kühe, und diese wollte der Kleine wegwegschleichen. Er lief seitwärts vor, wobei ihn die Göppelkette an die Stallmauer drückte. Der Vater fand seinen Kleinen mit eingedrückt Brustkorb und verletzter Lunge. Am nächsten Tag ist das Kind seinen Verletzungen erlegen.

Justingen O. Münsingen, 24. Nov. Lastauto auf der Straße verbrannt. Gestern nachmittag wollte ein Lastkraftwagen von Reutlingen beladen die Schellinger Steige hinunterfahren. Mählich geriet das Fahrzeug aus bis

jetzt noch nicht einwandfrei festgestellter Ursache in Brand. Der Kraftwagenführer lenkte den Wagen ans Bankett, und es gelang ihm, rechtzeitig abzuspringen, ehe der Benzinbehälter unter starkem Krachen explodierte.

Göppingen, 24. Nov. Mächtliche Schießerei in Reichenbach a. J. vor dem Gericht. Die Vorgänge, die sich am Abend des 21. März d. J. in der Reichenbacher Dörsiedlung abspielten und bei denen es zu einer Schießerei von Kommunisten auf Nationalsozialisten kam, standen jetzt vor dem Schöffengericht zur Aburteilung. In der Untersuchung konnte nicht nachgewiesen werden, daß die angeblich beteiligten gewesenen Scharschützen eine Tötungsabsicht hatten, weshalb durch Beschluß der Strafkammer Ulm dieses Verfahren eingestellt und gegen drei Brüder Schloz von Reichenbach nur Anklage wegen Nichtablieferung von Kriegsgerät, Nichtanmeldung von Schusswaffen mit Munition und Verbrechenbedrohung erhoben wurde. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten, den 25 J. a. ledigen Tagelöhner Christian Schloz zu 5 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Gleichzeitig wurde Einziehung der gefundenen Schusswaffen mit zahlreicher Munition und mehreren Seitengewehren verfügt. Die beiden mitangeklagten gewesenen Brüder Albert und Karl Schloz wurden mangels Beweises freigesprochen.

Neresheim, 24. Nov. Härtsfeldbahn. In Neresheim hat am 22. November unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Schiller vom Württ. Wirtschaftsministerium eine Besprechung über einen Rosfahrplan der Härtsfeldbahn für die nächsten Monate stattgefunden. Das Reich hat aus grundsätzlichen Erwägungen eine Hilfeleistung endgültig abgelehnt, und Bayern, Württemberg und die Selbstverwaltungskörper (Gemeinden und Bezirke) sind auch nicht in der Lage, die für den derzeitigen Fahrplan erforderlichen Zuschüsse zu leisten. Es besteht heute einfach die Möglichkeit nicht mehr, die regelmäßig ganz schwach besetzten Rüge mit großen Kosten weiterzuführen. Es wurde vereinbart, ab 1. Dezember einen eingeschränkten Vertagsfahrplan in Kraft zu setzen. Die Ersparnisse daraus werden es der Bahn mit den bisher zugesicherten Zuschüssen ermöglichen, bis 31. März 1933 durchzuhalten, wenn nicht ein weiterer Verkehrsrückgang eintritt. An Sonn- und Feiertagen wurde nochmals die Beibehaltung des jetzigen Fahrplans, eine kleine Verringerung ausgenommen, erreicht. Im März 1933 soll eine neue Fahrplanbesprechung abgehalten werden.

Klosterschule. Die Landwirtschaftsschule des Klosters Neresheim ist von 67 Schülern besucht, von 35 des ersten und von 32 des zweiten Kurses. Den Lehrauftrag des verstorbenen Paters Berthold hat Frater Ansgar, ein Hohenheimer Diplomaltdiener, übernommen.

Vom bayerischen Allgäu, 24. Nov. Tödlicher Unfall. — Wer ist der Tote? Der 51jährige Pferdewechter Josef Stettler von Amendingen bei Remmingen, Vater von vier Kindern, ist auf der Straße nach Venningen mit einer schweren Kopfverletzung aufgefunden worden. Er hatte einen Transport von vier Pferden durchzuführen. Ob es sich um Verletzung durch scheuende Pferde oder durch ein vorübergehendes Auto handelt, ist nicht geklärt. Im Krankenhaus ist der Mann seinen Verletzungen erlegen. — Dieser Tage stießen bei einer Treibjagd in einem Wald bei Markt Oberdorf Jäger auf eine männliche Leiche, die schon stark in Verwesung übergegangen ist. Der Kopf war vom Rumpf getrennt und weist einen Revolverkugelhieb auf. Neben der Leiche lag ein Gebetbuch, aus dem die ersten Seiten herausgerissen waren. Der Tote, über dessen Herkunft völliges Dunkel herrscht, ist 40—50 Jahre alt.

Vom Allertal, 24. Nov. Rigeuner siedeln im Allertal. Der „Siedlungsgedanke“ ist im Allertal über Nacht akut geworden. „Ansiedeln“ will sich nämlich auf der Gemarkung Kiler O. Hechingen die umfangreiche Rigeunerfamilie Reinhard. Sie konnte durch das Entgegenkommen eines ehemaligen Wiltbürgers im Lauf dieses Sommers außerhalb des Orts in sonniger Lage ein Wiesengrundstück erwerben. Die Eigentümer haben zum Zeichen der Besitzergreifung wiederholt dort gelagert, sind aber zur Freude der Ortsbewohner immer wieder ausgezogen. Nunmehr wollen sie sich aber festhaft machen, eine Randbesiedlung „Kiler-Vorstadt“ soll entstehen. Dieser Tage traf des erste „Eigentüm“, ein Eisenbahnwagen, auf dem Bahnhof Kiler ein. Weitere Wagen sollen folgen, da der Umfang der Familie eine Erweiterung notwendig macht. Die Einwohner von Kiler haben zu dieser Erweiterung und Bereicherung ihres Ortsbildes bereits eindeutig Stellung angenommen. Die Wagenfenster weisen erhebliche Beschädigungen auf, die auf Steinwürfe schließen lassen. Das übrige Allertal ist mit dieser Sympathiebetätigung nicht einig. Einig ist es aber mit der Gemeinde Kiler, wenn die Versorgung und der Unterhalt der Randbesiedlung auch gegen Geld und ante Worte entschieden abgelehnt wird.

Waldenbuch O. Stuttgart, 24. Nov. Erdstoß. Mittwoch nacht 23.40 Uhr wurde hier ein Erdstoß verspürt, der sich in einem Beben von 25—30 Sekunden auslöste. Die Erschütterungen waren von Fensterklirren und Klappern der Böden begleitet. Bald darauf setzt stürmisches Wetter mit starkem Regen ein.

Ulm, 24. Nov. Streit der Pflichtarbeiter der Stadt Ulm. Die zur Pflichtarbeit herangezogenen Ulmer Wohlfahrtserwerbslosen haben gestern die weitere Arbeitsleistung verweigert und ihre Arbeitsstellen verlassen. Es handelt sich um 240 Pflichtarbeiter von rund 1600 solcher in Ulm wohnender Wohlfahrtserwerbsloser.

Heidenheim, 24. Nov. Schaufenster beraubt. Mittwoch nacht wurde aus dem Schaufenster eines hiesigen Konfektionsgeschäfts Kleidungsstücke im Werte von etwa 80 M entwendet. Es wurde auch versucht, die Vordertüre und eine Türe auf der Rückseite des betr. Hauses zu öffnen, was aber dem noch nicht festgestellten Täter mißlungen ist.

Wöchingen, 24. Nov. Falchgeiß. In einem hiesigen Geschäft wurde an Stelle von 1 Mark ein verflüchtigtes 4-Mark-Stück in Zahlung gegeben. Der Betrug gelang dadurch, daß der Betreffende das Geldstück so hinzählte, daß der Adler nach oben sah.

Pforzheim, 24. Nov. Auffsehenerregende Verhaftung. Der hiesige Fabrikant B., der Inhaber der angesehenen Bijouteriefabrik R. u. K., ist vor einigen Tagen verhaftet worden, weil er im Verdacht steht, daß er eine Bank, mit der er in ständiger Geschäftsverbindung arbeitete, durch Schwindelaktionen geschädigt hat. Der mit ihm verhaftete Prokurist M. ist, wie der „Pforzheimer Anzeiger“ berichtet, inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Zu dieser Nachricht wird in hiesigen Geschäftskreisen behauptet, B. habe Wechsel im Betrag von insgesamt 75 000 RM. auf nicht bestehende Firmen ausgestellt und diese Wechsel seiner Bank vorgezeigt. Da er bei der Bank volles Vertrauen genoss, wurde ihm durch dieses Mandat der Kredit gewährt.

Lokales.

Wildbad, 25. November 1932.

Im 5. Vortrage sprach Herr Röder „vom glücklichen Familienleben“ auf Grund von Joia 24 und Ephezer 5. Wenn heute so viel Ehen zerbrochen sind, so kommt dies daher, daß sie auf sinnlicher Grundlage im Kino, Tanz oder auf Geld und sonstigen vergänglichen Gütern gegründet erscheinen. Auf mancher Ehe lastet auch der Bann einer dunklen Schuld, einer Krankheit oder einer Unwahrscheinlichkeit. Viel Not würde verschwinden, wenn zur Eheschließung ein Gesundheitszeugnis nötig wäre. Die Ehe richtig gefaßt, stellt ernste und tiefe Aufgaben und verlangt nicht nur gegenseitiges Verstehen, sondern eine beiderseitige religiöse Verbundenheit in den Grundfragen gemeinsamen Lebens, wie es in Psalm 127 ausgeführt ist. Sie ist nichts anderes als eine Lebensschule, in der man gemeinsame Aufgaben in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung der beiderseitigen Anschauungen zu lösen hat. Das schönste Bild eines Familienlebens, wie es sein soll, sehen wir wie Luther es uns vorgelebt hat. Einmal soll der Mann des Weibes Haupt sein und die Herrschaft der Liebe im Sinne Christi üben. Dazu muß der Mann Christus erfahren und erlebt haben. Nur so vermag er Vorbild zu sein. Sodann soll das Weib des Mannes Herz sein. Sie hat Aufgaben zu lösen, die denen des Mannes an Bedeutung nicht nachstehen. Mann und Weib müssen sich ergänzen und im Gebet sich stets zusammenfinden. Die Kinder sind der Eltern Sonnenschein. Sie sind in religiösem Sinn eine Gabe Gottes. Meist sind die kinderreichen Ehen auch die innerlich reinsten Ehen. Die drei Pfeiler der Ehe sind: Reinheit, Liebe und Glaubensgemeinschaft. Wo diese Dreieit in Treue gepflegt und erhalten wird, ist in der Ehe der Sonnenschein der Liebe und Freude und auch der Segen Gottes zu finden. — Am Freitag abend wird Herr Röder über eine merkwürdige Stimme sprechen. Mittags um 3 Uhr wird ein bedeutungsvoller Abschnitt aus dem Glaubensleben Abrahams behandelt werden. Am Samstag mittag ist keine Bibelfestunde. Jedermann ist herzlich willkommen. H.

Zu Gunsten der Winterhilfe findet am kommenden Sonntag, den 27. ds. Mts. auf dem hiesigen Sportplatz neben zwei Spielen des Arbeiterportvereins Wildbad 1. und 2. gegen Feldrennrad 1. und 2. auch ein Fußballwettspiel zwischen Mitgliedern des Viederkrantz und Winterportvereins statt. Durch Zusammenwirken dieser Vereine soll den in Not geratenen Volksgenossen ein Lichtblick in der heutigen schweren Zeit gezeigt werden. Denn nur durch Zusammenstehen aller, kann was ersprießliches in dieser Sache getan werden. Sogar der Dirigent des Viederkrantzes, Herr Musikdirektor Erwin Baumann aus Pforzheim, hat sich in selbstloser Weise für das Spiel zur Verfügung gestellt, um seine Sängerkolonne auf dem grünen Rasen kräftigen zu können. Es wäre also zu wünschen, daß sich bei dieser guten Sache jedes einfindet, das noch für den edlen Zweck etwas übrig hat. Alles nähere siehe heutige Anzeige.

Mannschafts-Ausstellung

(OBW. Viederkrantz Wildbad, schwarz-rot Trikot)

Karl Romeisch
Wilhelm Sieb Albert Schmid
Chr. Bott Herm. Egel Karl Ottmar
A. Bauert Hefelschwerdt R. Kieginger Dr. Sommer G. Schmid
(Winterportverein Wildbad, weiß Trikot)
W. Wacker K. Kern E. Aisenpreis K. Junz L. Frommer
Max Höhn Walter Breuz Gustav Ruch
Ernst Schmollinger Herm. Sigi
Hermann Aberle
Ersatz: Herm. Hammer und Knöller
Schiedsrichter: Erwin Baumann, Musikdir., Pforzheim;
Linienrichter: Fritz Kloß und Eugen Seydelmann.

Sendefolge des Stuttgarter Rundfunk A. G.

Freitag, 25. November:
6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik, 7.10: Wetterbericht, Nachrichten, 7.20—8.00: Schallplatten, 8.00: Klaviermusik, 8.30: Viederkrantz, 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.50: Wetterbericht, 12.00: Prom. wachsend, 12.30: Schallplatten, 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Konzert, 14.30—15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 17.00: Konzert, 18.15: Wetterbericht, Landwirtschaftsanalysen, 18.25: Vorträge: Katholische Literatur der Gegenwart, 18.30: Vorträge: Köpfe der modernen Frauenliebung, 19.15: Zeitangabe, 19.20: Zu Tisch, 19.30: Todestag, 20.05: Konzert, 22.30: Brittanabe, Wetterbericht, Nachrichten, Sportvorbericht, 22.45: Aus Neuper: Vorträge von Kurt S. und: Woher man in Amerika spricht, 23.00—24.00: Nachtmusik.

Samstag, 26. November:
6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik, 7.10: Wetterbericht, Nachrichten, 7.20—8.00: Schallplatten, 8.00: Schallplatten, 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 12.00: Wetterbericht, 12.30: Lieber, 12.50: Silberkonzert, 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Konzert, 14.30: Spaniens, 14.50: Schwedische Melodien, 15.05: Arien und Lieder russischer Komponisten, 15.30: Augenmusik, 16.30: Konzert, 17.00: Chorgesang, 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Sportbericht, 18.30: Vorträge: Joseph Fellner von Eisenhof (zum 75. Todestag), 18.50: Vorträge: Bauen und Wohnen in den Vereinigten Staaten, 19.15: Zeitangabe, Wetterbericht, 19.30: Bei uns zu Lande auf dem Lande: „Die Schwelmer“, 20.00: Dantes Werd, Anschließend: Konzert, 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45 bis 24.00: Nachtmusik.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der katholische Tag in Wien. Am Stephansdom in Wien fand eine von Erzbischof Dr. Innitzer geleitete Messe statt, in welcher der Erzbischof ankündigte, daß der allgmeine Deutsche Katholikentag in der Zeit vom 7. bis 12. September nächsten Jahres in Wien sein werde. Es sollen auch die Vertreter jener Völker als Gäste eingeladen werden, deren Vorkahren vor 250 Jahren an der Befreiung Wiens mitgewirkt haben.

Uebertal auf einen polnischen Postwagen. Bei Opatow in Mittelpolen wurde ein Postwagen von Räubern überfallen. Der Postillon, der Fahrbegleiter und ein Fahrgast wurden geidtet. Die Räuber entkamen mit einer Beute von etwa 4200 Floty.

Unterschlagung. Der Leiter der Kölner Zweigstelle einer auswärtigen Kohlenhandlung wurde wegen Unterschlagung von 35 000 Mark verhaftet. Ferner wurde wegen Unterschlagung von 5000 Mark einer seiner Angestellten festgenommen, nachdem bereits dessen Vorgänger die Firma um 3400 Mark betrogen hatte.

Gegen den Direktor Schüfer von der Zweigstelle der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Düsseldorf, der bekanntlich 5 Millionen veruntreut hat, ist Steckbrief erlassen worden. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 Mark gesetzt.

Selbstmord des Rechtsanwalts Mch. Der Sekretär des Luxemburgischen Automobilclubs, Rechtsanwalt Max Metz, der nach Unterschlagung von 1,3 Mill. luxemb. Franken geflüchtet war, hat sich in Bitburg (Eifel) in dem Augenblick erschossen, als er von deutschen und luxemburgischen Kriminalbeamten verhaftet werden sollte.

Göh von Verlichingen vor dem Rad. Zuschriften von Behörden sind meist unbeliebt, zumal in heutiger Zeit; sie enthalten ja auch selten etwas Gutes. Aber vollends auf der Rückseite die Verlichingener des Finanzamts, so ist es kein Wunder, wenn dem Empfänger die Quittung springt, schon ehe er den Inhalt kennt. Jedenfalls erging es so dem Kaufmann A. und als er erst die Aufforderung gelesen hatte, zu seiner nach bestem Wissen abgegebenen Steuererklärung unmögliche Erklärungen zu geben, dachte er über, und seine Antwort an das Finanzamt lautete dahin: „Ich habe meiner Erklärung vom ... nichts hinzuzufügen und verweise im übrigen auf Göh von Verlichingen, 4. Aufzug, 6. Auftritt.“

— Zitate aus den Werken des großen Dichters sollten eigentlich erlaubt sein, besonders in seinem Jubiläumsjahr, indessen, „gewiß, es war nicht böse gemeint, der andre aber geht und klagt“. Hier war es der Staatsanwalt, der Anklage wegen Beamteneitelung erhob. In der Hauptverhandlung bestritt der Angeklagte das Vorliegen und die Absicht der Beleidigung zum Ersauern von Gericht und Staatsanwalt. „Der Hinweis soll keine Beleidigung sein, zumal einer Behörde gegenüber. Ich wüßte nicht, inwiefern sich jemand dadurch beleidigt fühlen könnte. Wissen Sie denn überhaupt, was da im Gög steht?“ — „Nun, das weiß doch wohl jeder, auch wenn er kein großer Goethe-Kenner ist.“ — „Das scheint mir aber doch nicht“, und damit zog der Angeklagte die Bühnenaussage des Gög aus der Tasche, schlug die in seinem Hinweis gekennzeichnete Stelle auf, und siehe, da stand wörtlich: „Götter segne Euch, gebe Euch glückliche Tage und behalte die, die er Euch abzieht, für Eure Kinder.“ Darob verblüffte Gesichter am Richtertisch. Keiner war auf den Gedanken gekommen, sich vorher zu überzeugen, daß der Hinweis diesmal ausnahmsweise nicht auf die bekannte kraftvolle Einladung des Gög hinzielte, die eben an anderer Stelle steht. Da ein Segenswunsch unmöglich eine Beleidigung sein kann, erfolgte natürlich Freisprechung. Der Angeklagte steckte seine Bühnenaussage wieder in die Tasche und ging mit vergnügtem Schmünzeln aus dem Gerichtssaal.

Sprengstofffund. Zwei Arbeiter fanden an der Bahnstrecke von Münstler nach Hamm (Westf.) vier Pakete mit Sprengstoff von je ein Kilogramm Inhalt. Eins der Pakete lag unmittelbar an den Schienen. Ob der Schienenräumer einer Lokomotive die Pakete beiseitegeschoben hat, steht noch nicht fest; der Bahndamm wurde abgesperrt.

Schiff in Seenot. Der deutsche Einmastkater „Marteljes“ erlitt vor Cuxhaven im Sturm eine schwere Beschädigung und sandte SOS-Rufe aus. Durch zu Hilfe eilende Hamburger Schiffe wurde die aus vier Köpfen bestehende Besatzung gerettet.

Württembergische Landesbühnen

Am kommenden Sonntag, den 27., und Montag, den 28. Nov., wird Generalintendant Friedrich Buch die öffentliche Hauptprobe und das 5. Symphoniekonzert im Festsaal der Opernhalle dirigieren. In der Programmfolge erscheint an erster Stelle von Brahms die akademische Ouvertüre. Es folgen die Symphonie D-Moll von Schumann, die Erstaufführung „Capriccio“ von Adolf Buch und von Richard Strauß „Also sprach Zarathustra“. Karten im Vorverkauf bei Salze u. Goller, Pankestraße 10, und an der Kasse rechts des Großen Hauses.

Handel und Verkehr

Berliner Pfandfuss, 24. Nov. 13,85 G., 13,60 B.
Berliner Diskontofuss, 24. Nov. 4,200 G., 4,217 B.
100 franz. Franken 16,465 G., 16,505 B.
100 Schweiz. Franken 80,92 G., 81,08 B.
100 österr. Schilling 51,95 G., 52,05 B.
Preisdiskont 3,675 v. h. kurz und lang.
Dt. Wbl.-Zins 57,12, ohne Ausl. 6,70.
Württl. Silberpreis, 24. Nov. Grundpreis 40,30 RM. d. Ag.

Verordnung über Zweckparkassen. In letzter Zeit haben amtliche Besprechungen in der Frage einer gesetzlichen Regelung bestimmter Gattungen von Spareinrichtungen stattgefunden. Als zu erwartende Verordnung soll vor allem den Zweck haben, die bedenklichen Erscheinungen, die im Zweckparkassen seit geraumer Zeit sichtbar geworden sind, zu beseitigen. Die behördliche Registrierung und Beaufsichtigung der Zweckparkassen nach dem Gesetz vom 6. Juni 1931 hatte zur Folge, daß zahlreiche Zweckparkassen, um der Kontrolle zu entgehen, sich auf das Zwecksparen verlegten. Vermutlich wird die Verordnung auch Bestimmungen über die Zweckparkassen enthalten, die an sich natürlich mit den Zweckparkassen nicht verwandt sind.

Umsatzsteuererstattung bei Ausfuhr. Die Verordnung des Reichsfinanzministers, monach mit Ausnahme gewisser Roh- und Hilfsstoffe für alle Ausfuhrwaren eine Rückvergütung der Umsatzsteuer in Höhe von 1/2 v. h. gewährt wird, tritt am 1. Dezember 1932 in Kraft mit der Maßgabe, daß die Lieferungen ins Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgen muß.

Die europäischen Kunststoffsverhandlungen. Die seit langem geführten Verhandlungen über den Beitritt der französischen und

der belgischen Kunststoffsverhandlungen zum Deutschen Reich sind in letzter Zeit den Verlauf genommen, daß man, wenn nicht noch besondere Hemmnisse eintreten, damit rechnen, daß der Beitritt der belgischen und französischen Industrie demnächst vollzogen wird.

Reichshilfe für die Transporthilfe. Die im Mai d. J. von der Reichsregierung durch Übernahme von Sicherheiten für Kontofreie eingeleitete Stützung für die Küsten- und Seefahrt der kleineren Linienreedereien ist durchgeführt und zum Abschluß gelangt. Von den eingegangenen Anmeldungen haben mehr als die Hälfte Berücksichtigung gefunden. Eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Aktion ist nicht beabsichtigt.

Logdampfer unter russischer Flagge. Nachdem die ersten, von Russland angekauften Schiffe des Norddeutschen Lloyd bereits unter russischer Flagge die Reise nach ihren Bestimmungsorten angetreten haben, werden weitere Dampfer von Bremen abgefertigt. Es handelt sich um die Dampfer „Anhalt“, „Morla“, „Juno“, „Soo“ und „Pfalz“, die in der Ausrüstung begriffen sind und bald ausreisen werden. Die russischen Besatzungen sind schon an Bord gegangen.

Konkurs. Paul Amann, Metzger und Landwirt in Sulmingen im Württemberg.

Postungsanstellungen. Fleischwerte Trefftz GmbH, Berlin, mit 25 Zweigstellen. — Metzger-Film-Verleih GmbH, Berlin, Verbindlichkeiten 1 1/2 Mill. RM. — Nammat- und Modewarenhaus Cohn in Berlin, Westf. — Warenhaus Kronheim u. Cohn, Stettin.

Vollziehung der Handelskammer Rechnungen. In ihrer letzten diesjährigen Vollziehung mußte die Handelskammer feststellen, daß die Wirtschaftslage des Bezirks, von einzelnen Industrien abgesehen, eine konjunkturelle Belebung bisher vermissen läßt. Die Handelskammer trat ferner den Bestrebungen der Vereinigung der Leipziger Metzgermeister e. V. Koburg bei, die Abschaffung der Jahrestotenstellung, Vereinfachung des Werbewesens, Sicherung der Kassierer vor finanziellen Belastungen, Überprüfung der Ausgabebeurteilung der Leipziger Messe seit 1924 sowie einen Sitz für die württ. Regierung im Leipziger Messemitt verlor. Es soll vor allen Dingen auch eine durchgreifende Verbilligung der Lebenshaltung während der Messe angestrebt werden. Die Handelskammer tritt für unbedingte Aufrechterhaltung der Außenhandelsstelle für Württemberg ein und erklärt sich zusammen mit anderen württembergischen Handelskammern zu deren zünftlicher Finanzierung unter bestimmten Sicherheiten bereit. Sie erklärt im übrigen im Zusammenhang mit dieser Maßnahme die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft württembergischer Exporthandelskammern zur gelegentlichen Ergreifung von Maßnahmen, die den Außenhandel zu fördern geeignet sind.

Stuttgarter Börse, 24. Nov. Die Börse eröffnete zu festeren Kursen. Im Verlauf und zum Schluß weiter freundlich. Am Rentenmarkt waren die Kurse wenig verändert. Der Aktienmarkt war bei ruhigem Geschäft etwas fester.

Manheimer Produktbörsen, 24. Nov. Weizen 21,40—21,75, Roggen inkl. 17,25, Hafer inkl. 13,75—14,50, Sommergerste 19—20, Futtergerste 17,75—18, Mais mit Saft 17,75, Weizenmehl Spei. 4 mit Auslands. Nov.-Dez. 30—30,75, Weizenanzugsmehl (Süd.) mit Auslands. Nov.-Dez. 33—33,25, Weizenbrotmehl (Süd.) mit Auslands. Nov.-Dez. 22—22,25, Roggenmehl 0—70prozentige Anfertigung 22,75—24, feine Weizenkleie 8, Biertreber 10,75—11, Erdnüsschalen 12,50.

Magdeburger Zuckerpreise, 24. Nov. Innerhalb 10 Tagen 31,25, Nov.-Dez. 31,35 und 31,50. Tendenz ruhe.

Bremen, 24. Nov. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,15.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 24. Nov. Dem Donnerstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 5 Ochsen (unverkauft 2), 10 Bullen, 43 (29) Jungkälber, 3 (2) Kühe, 83 (60) Rinder, 249 Kälber, 565 Schweine. Marktverkauf: Großvieh sehr schleppend, Ueberstand; Kälber sehr schleppend; Schweine ruhig.

Ochsen:	24. 11.	22. 11.	Kühe:	24. 11.	22. 11.
ausgemästet	—	29—31	fleischig	—	12—15
vollfleischig	—	24—27	gering genährt	—	9—11
fleischig	—	22—24	Kälber:		
Bullen:			feinste Maß- und beste Saughälber	32—35	33—37
ausgemästet	21—24	23—24	mittl. Maß- und gute Saughälber	27—30	28—32
vollfleischig	21—23	22—23	geringe Kälber	22—26	23—26
fleischig	20—21	20—21	Schweine:		
Kinder:			über 300 Pfd.	44	44—45
ausgemästet	30—33	31—34	240—300 Pfd.	44—44	43—44
vollfleischig	24—28	24—28	200—240 Pfd.	42—43	42—43
fleischig	21—24	21—24	100—200 Pfd.	40—41	41—42
gering genährt	—	—	120—160 Pfd.	38—40	39—40
Kühe:			unter 120 Pfd.	38—40	39—40
ausgemästet	—	22—25	Sauen:	28—34	30—30
vollfleischig	—	17—20			

Manheimer Schlachtviehmarkt, 24. Nov. Auftrieb: 178 Kälber, 10 Schafe, 138 Schweine, 766 Ferkel und Läufer. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Kälber 2. 34—37, 3. 30—33, 4. 24—27; Schafe 2. 22—26; Preise je Stück in RM.: Läufer 15—18, Ferkel bis 4 Wochen 6—11, bis über 4 Wochen 12—14. Marktverkauf: Kälber schleppend, langsam geräumt; Ferkel und Läufer mittel.

ROSENAU
Aus Anlaß der Fußballwettspiele zu Gunsten der Winternothilfe am Sonntag den 27. November 1932 **letztmals geöffnet!**
Um zahlreichen Besuch bittet Albert Fuß.

Lebe Gesund

durch Trinken des bekannten, wohlschmeckenden Apoth. Link's Frühstückskräuter-Tee's
Er zeichnet sich besonders durch seinen guten Geschmack und Wirkung aus. Regelt vor allem die Verdauung und den Stuhlgang reinigt dadurch den Körper von allem Unreinen, das Allgemeinbefinden ist daher bald ein bedeutend besseres. Deshalb sollte dieser gute Tee in jeder Familie, welche auf ihre Gesundheit etwas hält, von Zeit zu Zeit oder dauernd getrunken werden. Preis: gr. Pack. 1.50, kl. Pack. 80 Pfg. Zu haben in allen Apotheken.

Bestimmt in der Stadtpothke.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Die vor Kurzem angesagten **Fußballwettspiele zu Gunsten der Winternothilfe**

finden am kommenden Sonntag den 27. Nov., ab mittags 12 Uhr statt.

Es spielen:
von 12—1 Uhr
HSpB. Wildbad 2 — Feldrennach
von 1—2 1/2 Uhr
HSpB. Wildbad 1 — Feldrennach 1
ab 2.30 Uhr:

Liederkrantz Wildbad — Wintersportverein Wildbad
Eintrittspreis für alle Spiele 40 Pfg. Arbeitslose die Hälfte.

Der Wohltätigkeit sind jedoch keine Schranken gesetzt
Mit der Bitte um zahlreichen Besuch laden hiermit herzlich ein

Liederkrantz — Wintersportverein
Fußballverein — Arbeitersportverein.

Städt. Freibank.
Von Samstag mittags 2 Uhr ab
Ruhfleisch
das Pfd. zu 30 Pfg.

MATE-GOLD
den Wundertee, bei Jochis, Gicht, Rheumatismus, und Nervenleiden
Gesund auch für Gesunde
35,70/130 Pf.
MATE-GOLD bei:

Eberhard-Drogerie

Pfaff-Nähmaschinen
sticken, stopfen, nähen vor- und rückwärts, empfiehlt bei bequemer
Ratenzahlung

Karl Tubach jr.
Telephon 437.



Auf dem Weg zur Arbeit
sind und bleiben der treue Begleiter und Hüter der Gesundheit die millionenfach gegen Husten, Heiserkeit und Katarrh bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tonnen

Jetzt Beutel 35 Pfg. Dose 40 und 75 Pfg.

Zu haben bei: Stadt-Apothek Dr. C. Metzger Nachf. H. Stephan; Eberhard-Drogerie Carl Plappert; C. Aberle Inh. E. Blumenthal; Wilhelm Bott; Emilie Hammer; Ludwig Kappelmann; Fritz Kloss und wo Plakate sichtbar.

